



Dr. Dr. Frank Wohl
Präsident der Bayerischen
Landeszahnärztekammer

Zusammenhalten! Nicht spalten!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in diesen bewegten Tagen ist viel die Rede vom gesellschaftlichen Zusammenhalt. Tatsächlich darf sich unsere Gesellschaft nicht spalten oder spalten lassen. Und unstreitig benötigt gerade der moderne Staat Bindungskräfte, die über die staatlichen Gestaltungs- und Regulierungsmöglichkeiten hinausgehen (Böckenförde).

Klar ist aber auch, dass ungleichwertige, uneinheitliche Lebensverhältnisse in verschiedenen Regionen den gesellschaftlichen Zusammenhalt schwächen, also Spaltung befördern können. Artikel 72 des Grundgesetzes verpflichtet deshalb ausdrücklich „den Bund“ (also die jeweilige Bundesregierung und ihre Mehrheit im Bundestag), sich für „die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet“ einzusetzen.

Im Gesundheitswesen praktiziert die Berliner Ampelkoalition derzeit eine Politik, die für einen Flächenstaat wie Bayern auf ungleichwertige Lebensverhältnisse zwischen den Ballungsräumen und dem „flachen Land“ hinausläuft. Der Zugang zu moderner, hochwertiger medizinischer und zahnmedizinischer Versorgung wird für die Bevölkerung des ländlichen Raumes durch weite Wege erschwert. In kleinen Gemeinden erleben wir gerade den Beginn eines Praxissterbens. Für viele dieser Praxen lassen sich nach dem Ruhestand der jeweiligen Praxisinhaber keine Nachfolger mehr finden.

Wir können unsere Interessen gegen eine weitgehend indolente und ignorante

Politik nur dann wirksam vertreten, wenn wir einig und geschlossen auftreten. Deshalb muss auch innerhalb des Berufsstandes das Motto „Zusammenhalten! Nicht spalten!“ bestimmend sein. Interne Streitigkeiten reiben uns auf, sie rauben uns die Kraft, die wir zu einer schlagkräftigen Vertretung unserer Interessen nach außen dringend brauchen. Eine kleine, überschaubare Berufsgruppe, in der alle weitestgehend die gleichen Interessen haben, muss und kann bei gutem Willen aller standespolitisch Engagierten geschlossen auftreten. Dort, wo interne berufspolitische Meinungsverschiedenheiten bestehen, muss Dialog das Mittel der Wahl sein – und nicht die Drohung mit Gerichtsverfahren!

Nur so kann der Protest, den wir nach außen tragen müssen, wirksam sein. Unsere Argumente sind zwingend, wir protestieren für den Erhalt der flächendeckenden zahnmedizinischen Versorgung in Bayern. Ministerpräsident Dr. Markus Söder formulierte am 1. Februar in Amberg folgendes Diktum: „Der ländliche Raum hat die gleichen medizinischen Rechte wie die Ballungsräume.“

Genau diese Position vertreten wir bayerischen Zahnärztinnen und Zahnärzte mit unseren Forderungen an die Politik!

Mit freundlichen kollegialen Grüßen

Ihr